

1.) Trump macht sich an die Renovierung der europäischen Energieversorgung

Der Artikel beginnt mit einer Kritik Trumps an der derzeitigen energiepolitischen Lage der USA und zeigt, was er daran ändern will, welchen Anspruch die USA haben. Der zweite Teil handelt von der Rolle der Energie überhaupt und wie sie bisher – insbesondere unter Obama – von den USA gehandhabt worden ist, um dann zu erklären, was das Neue bei Trump ist.

— *Zur weltweiten Empörung darüber, dass Trump den Klimavertrag von Paris gekündigt hat, ist als erstes festzuhalten, dass es in diesem Vertrag nicht um die Verbesserung des Klimas und die Reduzierung der Erderwärmung ging. Vielmehr handelt es sich um die diplomatische Vereinbarung von Staaten, sich aus ihren jeweiligen Gründen und nationalen Vorteilsrechnungen darauf zu verpflichten, weniger fossile Brennstoffe auszubeuten und mehr auf alternative Energiequellen, Sonnenenergie, Windkraft usw. zu setzen. In Europa wurde unter Führung Deutschlands eine Energiewende proklamiert, um die Abhängigkeit von auswärtigen Energiequellen zu reduzieren und mit der industriell hergestellten Energie den Technologiestandort Deutschland voranzubringen in Konkurrenz zu anderen Staaten wie z.B. China und dessen Vorsprung bei Solarmodulen. Auch die erdölproduzierenden Staaten verlegten sich schon länger darauf, die Abhängigkeit ihrer Einnahmequellen vom Öl zu reduzieren und sich andere Reichtumsquellen zu erschließen. Und die USA unter Obama wollten sich mit ihrem überlegenen Kapital und ihrer Technologieführerschaft auf diesem neuen Feld der Energiepolitik durchsetzen. Das alles will Trump ändern.*

Bei den Klimaverhandlungen und dem Pariser Abkommen ging es also um die Konkurrenz auf dem Weltenergiemarkt, Regeln wurden ausgehandelt diesen Markt betreffend und insbesondere die EU und auch die USA unter Obama wollten mit dieser neuen Sorte Energiegeschäft den Weltmarkt erobern. Trump macht diese Übersetzung, es ginge ums Klima, nicht mit, sondern nimmt die Vereinbarungen gleich als Konkurrenzaffäre – mit Amerika als Geschädigtem. Was sieht er anders als Obama?

— *Trump beendet diese Art und Weise, den Kampf um den Energiemarkt der Zukunft einvernehmlich zu regeln. Gegenüber diesem Prinzip stellt Trump fest: diese Vereinbarungen schädigen die USA ökonomisch, machen sie in geschäftlicher und nationaler Hinsicht abhängig von den Regeln und vom Ausland.*

— *Ihre freie Verfügung über die eigenen Energiequellen soll nicht nur Mittel für amerikanisches Geschäft und damit Grundversorgung für amerikanisches Kapital sein, sondern weltweit der Handelsgegenstand werden, mit dem Amerika auf der ganzen Welt gegen seine Konkurrenten Geschäfte macht. Darüber wird die bisherige Ordnung der Energieversorgung auf der Welt umgeworfen.*

— *Wenn Trump, wie es im Artikel steht, den Weltenergiemarkt okkupieren möchte, reagiert er damit auf die Widersprüche, die diesen ausmachen. Staaten treffen unter der Federführung der USA in einem Übereinkommen Regelungen darüber, wo und in welchem Ausmaß Energiequellen ausgebeutet werden, die meist nicht in den Industrienationen zu Hause sind. Die USA haben die Leitung der Ausbeutung dieser Quellen übernommen und ihren Konkurrenten zur Verfügung gestellt. Aus Sicht der USA hat v. a. Europa davon profitiert und sich darüber hinaus erlaubt, eine alternative Energiepolitik zu betreiben.*

Es sind zwei Punkte: das eine ist, wie die USA bisher den Weltenergiemarkt bewirtschaftet und geregelt und ihre Vormacht behauptet haben. Das andere ist, wie in Paris der Energiemarkt neu gestaltet und darüber eine internationale Vereinbarung getroffen werden sollte. Das war ein Angriff auf das, was die USA bisher eingerichtet hatten. Beide Punkte sind auseinanderzuhalten, um dann zu klären, welchen Schluss Trump aus beiden zieht.

— *Was Trump als 'Abhängigkeit' geißelt, ist die überkommene US-Energiepolitik: Rohstoff-Länder haben ihre Ressourcen für den Weltmarkt zur Verfügung zu stellen und verpflichten sich, ihren Reichtum der geschäftlichen Nutzung anzubieten. Dabei versuchen diese Staaten ihrerseits, ihre Nützlichkeit auf dem Energiemarkt, der eine Konkurrenzangelegenheit der großen imperialistischen Staaten ist, auszunützen.*

Daraus ergeben sich lauter Ordnungsfragen für die Weltmacht. Ihr Verhältnis zu den Saudis z.B. verdankt sich dem, dass die USA die Ölversorgung durch die Länder des Nahen Ostens sichergestellt und sich vorbehalten haben, falls diese sie behindern, einzumarschieren und für das Funktionieren gewaltsam zu sorgen. Mit so etwas wurde durchaus kalkuliert. Ein saudisches Nationalinteresse darf sich nicht gegen den Weltmarkt behaupten. Die USA stellen sicher, dass die Öl- und Gasnationen sich dem Weltmarkt öffnen, sich ihm zur Verfügung stellen und benutzbar für die anderen Länder und vorrangig für sie selbst sind, also als Versorgungssicherheit für die, die zahlungsfähig sind und als geschäftlich gehandhabte Angelegenheit.

Und da kommen die Energielieferländer als welche vor, die auf diesen Nutzen für das weltweite kapitalistische Wachstum festgelegt sind und wo die Weltmacht USA darauf aufpasst, dass sie sich an diesen Auftrag halten.

— Die ehemaligen Sowjetrepubliken, die die USA als neue Ressource für den Energiemarkt aufgemischt haben, sind das beste Beispiel.

Neue Ressource für den Energiemarkt heißt: als Land in dieser Funktion aufgehen.

— Das Geschäftsmittel Öl, das ge- und verkauft wird, definiert zugleich den Status von Ländern und die USA kümmern sich nicht nur im militärischen Sinn ständig um die Aufrechterhaltung dieses Status' von Lieferländern, der ganze Regionen wie den Nahen Osten betrifft.

— Das ist zugleich Angebot und Forderung an diese Länder. Wenn die mal eine Militärdiktatur hatten, war das auch nicht das Problem, wenn nur grundsätzlich der Status als Energielieferland sicher gewährleistet war und die Ambitionen dieser Staaten nicht darüber hinausgingen und sich gegen die Weltordnungsinteressen der Amis richteten (siehe Irak oder Libyen).

— Mit der Ordnung waren die USA nicht zufrieden, je länger, desto weniger; je näher an heute, desto weniger.

Festgehalten wurde bisher, die Unzufriedenheit der USA, in Abhängigkeit von anderen Staaten wie z.B. denen im Nahen Osten zu sein und sich den Neuregelungen des Energiemarktes, die durch das Pariser Abkommen getroffen wurden, unterordnen zu sollen. Dagegen besteht Trump auf der Nutzung der eigenen Ressourcen, um damit auf dem Weltmarkt führend tätig zu sein.

— Was für die USA ein weiterer Widerspruch war: Die anderen großen kapitalistischen Nationen wollten aus dem Status, der ihnen bislang auf dem Weltenergiemarkt zugewiesen war, mit alternativen Energien und mit ihren Energieallianzen herauskommen. Damit haben die an der Kontrolle des Weltenergiemarktes beteiligten maßgeblichen Nationen ihrerseits versucht, den Status der USA in dieser Ordnung anzugreifen.

Für die Debatte ist die Bedeutung der Energieversorgung für die allgemeinen Lebens- und Geschäftsbedingungen der jeweiligen Standorte als bekannt unterstellt und ausgelassen. Den Standpunkt der gesicherten Energieversorgung nimmt jede kapitalistische Nation ein. Wenn man sich einen Weltmarkt herrichtet, der für sichere Lieferungen aus dem Nahen Osten sorgt, dann ist das die Art und Weise, Versorgungssicherheit zu realisieren. Trump fasst jetzt das Klimaabkommen als Angriff auf Amerika auf, weil seine Vorstellung von Versorgungssicherheit für Amerika anders aussieht: Wir haben reichlich Ressourcen, könnten komplett „energieunabhängig“ sein, nur das Abkommen hindert uns an der freien Verfügung darüber. Ohne solche Beschränkungen machen wir aus dem US-Energiegeschäft eine neue Eroberung des Weltenergiemarktes. Dann wird Amerika das in jeder Hinsicht – Kaufen, Verkaufen, Investieren – bestimmende Subjekt dieses Energiemarktes. Für diesen Auftrag, Energiedominanz zu erlangen, lassen wir uns keine Schranken auferlegen.

Der amerikanische Standort soll nicht nur sicher versorgt sein, sondern das amerikanische Energiegeschäft soll ein über den Standort hinaus die ganze Welt bestimmendes sein, das dann mit den schon eingerichteten Versorgungswegen Europas konkurriert.

— Aber auf anderem Niveau. Bisher war es durch Verträge, Umweltschutz etc. gefesselt. Wenn jetzt die entfesselte Energieproduktion in den USA in allen möglichen Sphären (Kohle, Gas, Kernenergie etc.) stattfindet, bekommen die USA in der Vorstellung von Trump die energiepolitische Überlegenheit, die ihnen auch zusteht. Damit treten sie als ganz neuer Konkurrent auf dem Weltmarkt auf.

— Insofern die USA als Energiemacht alle Schranken der geschäftlichen Nutzung, die der amerikanischen Nutzung im Weg stehen, beiseite rücken. Sie machen einerseits die USA zu einer Energiemacht, die ökonomisch in der Lage ist, nicht nur sich selbst zu versorgen, sondern den Welt-Energiemarkt zu dominieren. Eigentlich mit der Vorstellung, dass dadurch amerikanisches Öl und Gas etc. ökonomisch konkurrenzlos wird. Andererseits wendet Trump diese Dominanz gar nicht nach ökonomischen Kriterien an, sondern macht die Macht der USA geltend. Indem er überkommene Sorten der Energieversorgung – wie die konkurrierenden Nationen ihre Energie für sich genommen sicherstellen, mit Russland z.B. – durch Sanktionspolitik verbietet, also mit politischer Macht die Marktmacht der USA etabliert. (Das sieht er als Aufbrechen einer Monopolstellung, die Amerika bisher aus Europa herausgehalten hätte.)

Zum ersten Punkt: Wenn Trump sagt, die USA verfügen über reichliche, auch billig verfügbar zu machende Ressourcen, deren Exploration den eigenen Standort befördert, dann ist Rentabilität dieses Geschäfts dadurch herzustellen, dass die USA nicht nur sich selbst, sondern die ganze Welt damit versorgen. Fracking z.B. lohnt sich erst richtig, wenn es ein Exportschlager der USA wird. Das hängt zusammen.

— So ist Energieunabhängigkeit herzustellen dieselbe Sache wie Energiedominanz auf dem Weltmarkt; also auf Grundlage der Kapitalstärke den Welt-Energiemarkt erobern; die Energieunabhängigkeit zu Hause sichern; den Ausbau betreiben; alle Beschränkungen auch im Inland abschaffen (Umweltpolitik, Auflagen und Schutzgesetze, Fördermengenbeschränkungen aufheben) und freizusetzen ist identisch damit, dass man damit den Welt-Energiemarkt erst mal als Lieferant in den Griff bekommt.

Und dafür auch die eigene Macht einsetzt, um sich auf diesem Markt gegen Konkurrenten durchzusetzen.

*

— Die Saudis betreiben offensiv eine Politik, die Fracking-Industrie über den Preis zu ruinieren, das sich erst ab einem höheren Barrel-Preis lohnt. Dazu hat Trump erklärt, dass den Lieferanten von Rohöl Freiheiten zugestanden wurden, die er nicht länger akzeptieren will. (Die Strategie der ölproduzierenden Länder, Fracking über einen niedrigen Ölpreis unrentabel zu machen, ist nicht gelungen. Fracking wurde, auch durch den Preisdruck, technisch verbessert und die Kosten gesenkt.)

Andererseits versucht die OPEC nach wie vor, durch Mengen- und Preisabsprachen den Preis für das Öl hochzuhalten. Das ist ihr Widerspruch, dass diese Staaten auf den Verkauf ihres Öl als Haupteinnahmequelle angewiesen sind und deswegen ihre Fördermengen auch wieder nicht unbedingt begrenzen wollen; das ist da der ewige Streit unter ihnen. Die Saudis und selbst der wieder auf dem Ölmarkt erschienene Irak, haben nach wie vor einen riesigen Absatz auf dem Weltmarkt. Nur die Stellung Amerikas dazu ist eine andere. Die treten jetzt als Konkurrenten auf. Wenn aus politischen Gründen Katar seine Flüssig-Gas-Lieferungen in die Vereinigten Arabischen Emirate einstellt, bietet Trump an, die USA könnten einspringen und ihnen das Gas verkaufen. Katar ist ein Beispiel dafür, dass das Ölgeschäft für die USA einen politischen Nutzen in der Stiftung von Abhängigkeiten zu anderen Ländern haben soll, dass es also nicht nur mit politischen Mitteln vorangetrieben wird, sondern selbst ein solches Mittel ist.

— Bei der strategischen Bedeutung, die dieser Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Katar hat, würde man annehmen, dass die USA ihren Einfluss in der Form eines Einspruchs zur Beendigung des Konflikts geltend machen würde. Im Artikel wird aber gesagt, das Resultat ist eine nicht sehr eindeutige Beschwichtigungsdiplomatie (S. 52), ihre Position ist, sich weder auf der einen noch der anderen Seite festzulegen. Beide Partner sollen für alle Deals offen bleiben. Die Absicht ist, die übergeordnete Position zu erhalten und von daher nicht entschieden auf einer Beendigung des Streits zu bestehen.

Es zeigt, dass Trump nicht von einem Standpunkt einer Ordnung aus agiert, die er für den Nahen Osten garantiert, sondern vom amerikanischen Nutzen her. Den gedenkt er gegenüber beiden durchzusetzen, ohne dass er eine Ordnung stiften muss.

Trump hat für Saudi-Arabien eine Funktion als Feind Irans und Beschwichtiger des arabischen Lagers gegenüber Israel, für Katar eine Funktion als sein Stützpunkt; auf beides legt er Wert, mit beiden macht er Waffengeschäfte. Er ruft sie auf, ihren Konflikt beizulegen. In die Entscheidung mischt er sich nicht ein, aber erklärt, vom US-Standpunkt aus sei dieser Konflikt völlig überflüssig. Solange sie aber ihre Funktion gegenüber den USA erfüllen, ist ihnen der Konflikt zwischen beiden egal. Wo sich eine Gelegenheit ergibt, amerikanische Interessen dabei wahrzunehmen, wird sie sofort genutzt. (Waffenverkäufe, evtl. Gaslieferungen)

— Amerika hat früher vom Standpunkt der übergeordneten Ordnung aus eingegriffen. Wie sehr der Standpunkt entfallen ist, sieht man an dem, dass der fundamentale Streit dieser wichtigsten Gas- und Ölproduzenten an die Grenze von einem Krieg geht, ohne dass die Trump-Regierung den Nachdruck dahinter setzt, dass Schluss sein soll mit den Feindseligkeiten.

Vermittlung muss nicht Parteinahme sein, sie kann auch in Verboten und Vorschriften beiden gegenüber bestehen. Wenn die USA bisher für Ordnung gesorgt haben, haben sie sich nicht unbedingt auf eine Seite gestellt. Aber Trump bestimmt nur: dass weiter eskaliert wird, duldet er nicht. Mehr kümmert ihn nicht, sie sollen selbst klarkommen. Es ist nicht Aufgabe der USA, dafür zu sorgen, dass da etwas herauskommt. (Dass sich nach einem Vermittlungsgespräch mit Außenminister Tillerson keine Lösung abzeichnet, stört nicht weiter.)

— Trump hat keinen höheren Gesichtspunkt eines Funktionierens der globalen Energiemärkte, dass diese unbedingt funktionieren müssten, weil sonst der Weltkapitalismus nicht funktioniert. Es sieht sich nicht in der Verantwortung.

Nicht wegen der Energiefrage, sondern weil er an der strategischen Benutzung dieser Länder ein Interesse hat.

— Die Position der USA gegenüber beiden Streitparteien ist nicht die eines Garanten einer Ordnung, die für alle gilt, sondern beide haben sie das Machtwort zu respektieren aufgrund dessen, dass Amerika die überlegene Macht und der überlegene Konkurrent ist.

Diese Dominanz am Weltenergiemarkt, die die USA für sich in Anspruch nehmen, ist längst nicht durchgesetzt. Sie haben es damit zu tun, dass die am Weltmarkt beteiligten Länder – ohne Amerika zu fragen – ihre Beziehungen haben und dass die Öl-Länder ihre reichlichen Geldquellen haben, ist auch noch nicht abgeschafft. Sondern Amerika kommt erst mal mit dem Anspruch daher, als wichtigster Konkurrent dort den Markt zu dominieren. Dafür ist politischer Druck auszuüben, Sanktionen zu verhängen usw.

*

— Trump hat das Klimaabkommen als Konkurrenzmanöver entlarvt, der höhere Titel sei nur fake. Durch die Kündigung des Klimaabkommens macht Trump die Konkurrenzbemühungen der Europäer auf dem globalen Energiemarkt kaputt, die auf alternative Energien gesetzt haben und die Welt darauf verpflichten wollten, die fossile Produktion zu drosseln.

Dass er sie kaputt macht, ist etwas übertrieben, aber er setzt ihnen ganz neue Bedingungen. Dabei geht es weniger darum, ihnen den Titel zu bestreiten, als eine neue geschäftliche Konkurrenz gegen ihre Sorte industrieller Produktion von Strom usw. zu setzen. Er bestreitet ihnen ihre Politik und die Geschäftsinteressen, die sie verfolgen. Damit sind sie nicht gleich kaputt. In allen Ländern gibt es nach wie vor Bemühungen, sowohl Atomkraft als auch Solarenergie etc. voranzutreiben. Diese anderen Energieträger, alternative Energien, werden darüber aber unter neuen Bedingungen und Risiken betrieben. So geht der Konkurrenzkampf auf all diesen Feldern weiter. Es kann sein, dass sie sich mit ihren E-Autos schwerer tun, wenn Amerika auf etwas anderes setzt. Man muss nicht spekulieren. Aber er ändert die Konditionen für die Absicht der Europäer, mit diesen Technologien den Weltmarkt erobern zu wollen.

2.) Trump macht sich an die Renovierung der europäischen Energieversorgung

Was sagt das Kapitel zu dem von Trump angegriffenen deutschen Energieimperialismus?

— *Es geht um die Ansprüche, die Europa als größter Importmarkt geltend macht, um Russland in die Rolle eines sicheren und günstigen Energielieferanten hineinzumanövrieren und die Fortschritte dabei. Wie sich die ‚Abhängigkeit‘ Europas von russischen Erdgasvorhaben gestaltet hat, aufgrund der Erpressungsmacht, die Europa als größter russischer Absatzmarkt hat.*

Dass also die deutsche Klage bezüglich ‚Abhängigkeit‘ von Russland eher umgekehrt wahr ist. Es ist eine erfolgreiche Erpressung gegenüber Russland gelaufen. Gazprom hat gegenüber alten Konditionen einiges zugestanden.

— *Was es zugestanden hat, ist z.B., dass Deutschland das Gas, das Gazprom liefert, weiterverkaufen kann und damit neben dem, dass Deutsch-Europa erneuerbare Energien entwickelt und sonstige Energiequellen diversifiziert, sich zum zentralen Versorger in Europa gemacht hat. Das hat es Russland abgerungen.*

Mit Nord Stream 1 ist schon ein großes Stück vorangekommen, dass ein großer Teil der russischen Lieferungen direkt aus Russland nach Deutschland ohne Transitländer geliefert wird und das Geschäft von deutschen Konzernen und etlichen europäischen Partnern dann innerhalb des europäischen Binnenmarktes abgewickelt wird. Mit der geplanten Verdoppelung der Kapazität ist eine enorme Stärkung dieser deutschen Position verbunden, weil alle möglichen anderen gebräuchlichen Wege dadurch entwertet sind, insbesondere der Weg durch die Ukraine und die Lieferungen von Polen.

— *Ein schönes Beispiel, wie der europäische Energieimperialismus nach außen funktioniert und im Verhältnis dazu wie deutsch-europäischer Energie-Imperialismus im Innern Europas betätigt wird. Dass das für sich genommen schon lauter imperialistische Angelegenheiten sind.*

Die Verteilung, in der Erdgassprache Hub (Umschlagplatz, Drehscheibe) genannt, ist in Deutschland lokalisiert. Um das Projekt Nord Stream 2 so hinzukriegen, war ein Schritt davor, dass andere Versorgungswege, an denen andere EU-Staaten interessiert waren, verhindert wurden. South Stream, das über Bulgarien und den Balkan die Versorgung der Osteuropäer und z.T. Deutschlands bewerkstelligen sollte, ist den beteiligten EU-Staaten, Russland, Serbien etc. quasi verboten worden. Sie sind soweit erpresst worden, dass die Russen es dann letztendlich aufgeben haben. In dem Punkt haben die Interessen Amerikas und der europäischen Union harmoniert. Im Fall Nord Stream ist Amerika ein großer Feind des Projekts, Deutschland der größte Betreiber und Nutznießer. Zum Teil, indem es sich der EU bedient, zum Teil an der EU vorbei versucht, dieses Projekt zu realisieren.

Im Fall Ukraine hat das deutsche Interesse zwei widersprüchliche Seiten. Das deutsche Interesse an der Stärkung der Ukraine gegenüber Russland ist das eine, das, von einem so unsicherem Transitland nicht abhängig zu sein, ist das andere. Da ist die deutsche Position in der Energiepolitik eindeutig, sie wollen die Direktverbindung ausbauen. Andere EU-Staaten haben andere Vorstellungen.

— *Die Ukraine wird ausgebootet. Imperialistisch trennt Deutschland offensichtlich den politischen Nutzen der Ukraine als Macht gegen Russland ab (hält fest an dem: die Krim, Ostukraine gehören wieder her) von dem Interesse, die Ukraine als Transitland überhaupt zu erhalten. Das ist so etwas wie imperialistische Leichtfertigkeit, gerade, weil dieses Land so instabil ist, muss man sehen, dass man es als Lieferant umgehen kann und gleichzeitig ruiniert man es darüber tendenziell als Transitland und überhaupt in seiner Existenz.*

— *Deutschland eröffnet Russland einen Gegensatz. Sie wollen sich dadurch nicht bremsen lassen, dass sie in Energiefragen auf Russland angewiesen sind. Es ist verrückt, Russland ist unser Hauptlieferant von Energie, aber daraus folgt nicht, die Feindschaft zu relativieren. Deutschland betreibt diese Feindschaft kompromisslos und sagt, dann muss man Russland den Status eines Energielieferlandes zuweisen, das alternativlos darauf angewiesen ist, uns die Energie zu liefern.*

Wenn Deutschland eine Direktverbindungsleitung nach Russland hat, ist der einzige Nutzen Russlands von dieser Leitung, Deutschland zu beliefern. Also ist das Interesse Russlands erheblich funktionalisiert für eine Machtposition, die Deutschland innerhalb Europas als führende Energiemacht gewinnt. Rücksichten auf die Ukraine zu nehmen, ist es Deutschland nicht wert, davon Abstriche zu machen. Das ist klare deutsche Position. Die EU-Position ist, Russland darf der Ukraine nicht den Transit wegnehmen.

Die spezielle deutsche Position, dass es bei dieser Versorgung die eigene Machtposition als

Energiemacht in Europa im Auge hat, wird dadurch gestärkt, dass die Leitung direkt von Russland nach Deutschland geht, und es darüber Verteilerzentrum ist (verdoppelt durch die geplante 2. Pipeline). In Bezug auf die Ukraine gilt, einerseits sanktioniert man Russland wegen der Ukraine, andererseits gibt man ihm durch deren Umgehung auch ein Stück Kalkulationsfreiheit gegenüber der Ukraine. Das ist als kleiner Widerspruch festzuhalten, denn die Durchsetzung als Energiemacht geht auf Kosten der Ukraine. Da gibt es keine Rücksicht auf ukrainisches Interesse oder dessen ökonomische Grundlage. Wenn die sich auf keine ordentlichen Konditionen einlässt, das Leitungsnetz verfallen lässt, ist man nicht drauf angewiesen, sondern hat eine alternative Leitung zu der durch die Ukraine. Also kann Russland den für es so wichtigen europäischen Markt Nachfrage gemäß unabhängig von der Ukraine beliefern, ohne auf dieses Transitland Rücksicht nehmen zu müssen.

Deutschland hat es geschafft, die Gasversorgungsfrage von dem Ukraineproblem zu trennen. Insofern kann es auch in dieser Frage gegenüber Russland eskalieren, ohne die eigene Gasversorgung zu gefährden. Das hat die besprochenen Wirkungen.

*

— *Darauf gibt es jetzt die Antwort Trumps mit dem LNG-Terminal in Polen. Dieses Terminal ist der US-Angriff auf das deutsch-europäische Projekt mit Nord Stream. Wenn Trump sagt: 'Wenn dieses Flüssigerdgas etwas teurer ist als das aus der Leitung, spielt das keine Rolle', dann ist das nicht mehr die Energiepolitik, die man so kennt. Jenseits von einer Orientierung am Preisniveau, Marktverhalten, Konsumentenverhalten setzt Trump den Europäern eine Energiequelle vor die Nase und ist sich sicher, dass ihm das Gas abgenommen wird.*

Umgekehrt ist es Polen tatsächlich einen höheren Preis wert, die Gelegenheit zu kriegen, sich von Russland unabhängig zu machen und zu einem bedeutenden Spieler im europäischen Gas-Markt zu werden. Sonst hätten sie das LNG-Terminal nicht gebaut.

— *Von Polen aus ist das nicht nur das Leiden an der Abhängigkeit von Russland, sondern auch das Leiden an der deutsch-europäischen Energiepolitik. Was das amerikanische Angebot für die Polen leistet, ist dieses Doppelte. Es richtet sich gegen Deutschland und Russland, von dessen Gas sie sonst abhängig wären.*

Polens Problem mit Deutschland ist, dass Nord Stream aus ihrer Sicht Russland stärkt und zweitens ihre Rolle als zentralen Gasversorger für andere Länder zunichtemacht.

— *Das Angebot von Trump geht darüber noch ein Stück weit hinaus, als es Polen die Chance eröffnet, darüber so etwas wie ein Subjekt der 'Ost-EU' zu werden, zusammen mit anderen Staaten das Feld aufzubauen, also (endlich) ein Machtfaktor zu werden.*

— *Das passt in die Zerrüttungsstrategie der USA gegenüber der EU. Da ist die Zielrichtung, einen wirklich großen Konkurrenten in seinen Mitteln schädigen zu wollen und selbst das Energiegeschäft in Europa in die Finger zu kriegen.*

Bei diesem Angriff agieren die USA völlig vorbei an der EU-Kommission, die nach EU-Reglement eigentlich für Energiefragen zuständig ist und sowieso der Hüter des Binnenmarkts in Europa ist – Energiefragen fallen in Europa ja eigentlich gar nicht in die nationale Kompetenz, aber die Avancen von Trump sind direkt auf die einzelnen Staaten gerichtet, und zwar auf die, die sich von der EU geschädigt sehen.

Bei den Waffengeschäften ist es dasselbe: Gegen die Versuche der EU-Führungsmächte, so etwas wie eine europäische Rüstungsindustrie zustande zu bringen, ist der Bezug der USA auf die unzufriedenen Staaten in der EU: Wir haben die besten Waffen überhaupt, weshalb es klar ist, dass man die nur bei uns kauft.

— *Und mit dem Verkauf der Waffen wird gleichzeitig eine strategische Abhängigkeit hergestellt.*

Es geht immer Hand in Hand: Trump macht lauter Angebote, die sich für die USA geschäftlich lohnen, die EU spalten und Brückenköpfe Amerikas in der EU etablieren.

Wenn gesagt wird (S. 60 o.), dass er den EU-Energiemarkt okkupieren will, dann heißt das, dass sich die USA nicht nur als ein Konkurrent unter anderen sehen, sondern als den diesen Markt Bestimmenden. Und darüber wird dann die Abhängigkeit von Russland, die nicht sein darf, durch die von Amerika als etwas ganz Natürliches, Gesundes, ersetzt.

3.) Europa ringt um seine Antworten auf Trumps Amerika (G20-Gipfel)

Trumps Aktionen sind als US-Protektionismus nicht richtig charakterisiert und auch die EU-Staaten sind nicht einfach mit der Bewahrung der bisherigen Ordnung befasst.

— *Aber die Europäer haben doch ein handfestes Interesse an der existenten Ordnung, in der ihnen ihr weltmarktmaßiges Auftreten garantiert wird, und zwar von den USA?*

— *Ich sehe (auch) nicht, welcher Art die Strategie der EU sein soll: Einerseits wollen sie den Schaden kompensieren, andererseits wollen sie die USA veranlassen, wieder zu den alten Prinzipien zurückzukehren, und im nächsten Satz steht, dass sie die Erneuerung der alten Weltwirtschaftsordnung nicht wollen. Dass die USA zu dem Schluss gekommen sind, wenn sie sich als Garantiemacht für diese Weltordnung einsetzen, sind sie nicht mehr – so wie gestern noch – deren Hauptnutznießer, weshalb sie das nicht mehr wollen – das ist soweit klar. Nicht klar ist, wie man aus*

diesem Schluss, den Amerika gezogen hat, zum Schluss kommt, dass die Europäer, vor allem die Deutschen, sagen: wir wollen, dass ihr die alte Weltordnung so weiterführt, auch wenn ihr einen Schaden davon habt, und dass das etwas anderes sei als zu sagen: sie wollen das Alte wiederhaben.

Dazu ist auch noch ein Zwischenschritt nötig, nämlich die Überlegung, was diese andere amerikanische Politik eigentlich der Sache nach ist. Es wird ausgeführt, dass es nicht so ist, dass Amerika sich isoliert bzw. isoliert wird, sondern dass es Gebrauch macht von einem Sonderstatus, der ihm tatsächlich zukommt (egal jetzt, wie Trump den selber bestimmt). Nämlich, dass Amerika das, was es als ökonomische Weltordnung bisher gibt, überhaupt in Kraft gesetzt hat: Der Freihandel, den die Macht Amerikas in die globale Welt gebracht und der den Charakter eines Sachzwangs hat und der etwas ist, dessen die Staaten sich bedienen und aus dem alle ihren Nutzen ziehen. Das ist etwas, was Amerika mit seiner Macht als Wirtschaftsordnung etabliert hat, alle Staaten geöffnet und der kapitalistischen Benützung zugänglich gemacht hat.

Von dieser Sonderrolle der USA macht Trump ganz anders Gebrauch, nämlich als die Freiheit Amerikas, auf *seinem* Nutzen zu bestehen statt auf irgendwelchen Verordnungen, die gelten sollen. Und damit haben es die Europäer zu tun, wenn sie gegen Trumps ‚Isolationismus‘ antreten. Es ist ja nicht einfach so, dass die Europäer sagen: früher war es schöner, sondern sie verlangen, dass Amerika für das, wofür es früher gerade stand, auch weiterhin gerade steht. Das ist etwas anderes als zu sagen: wir wollen zu den alten Zuständen zurück. Das ist angesichts dessen, was Trump jetzt macht und worauf er besteht, ein *sich Anlegen mit den USA*.

Und der „Rettungsversuch der regelbasierten Weltordnung“ durch die Europäer ist der beschönigende Titel dafür, dass sie nicht Willens sind, von diesem Angriff Abstand zu nehmen.

— *Das Neue ist also: Die Europäer stellen sich auf den Standpunkt, dass sie auf der Basis der von den USA eingerichteten Weltordnung einen Status erreicht haben, der sie zum Mitgestalter dieser Weltordnung macht. Und von diesem Status aus beanspruchen sie von den USA, dass diese dafür geradzustehen haben, nämlich diese Rolle, als Weltordnungsmacht den Aufstieg der Konkurrenten zuzulassen, weiter zu spielen. Das ist der Widerspruch, den sie sich leisten sollen: eine Weltordnung, deren Bedingungen sie aber nicht mehr diktieren können und deren Nutznießer per se sie auch nicht mehr sind.*

— *Amerika soll also seine Instrumentalisierung für die bestehende Weltordnung zugestehen, getrennt davon, ob es einen Nutzen davon hat oder nicht.*

Objektiv gibt der Sonderstatus, den die USA aufgrund ihrer Macht hatten und haben, ihnen die Freiheit, diese anders zu gebrauchen. Auf dieser Grundlage haben Rivalen an Macht gewonnen und bei dem ihnen zugestandenen Ausnutzen dieser Ordnung waren sie erfolgreich – auch gegenüber den USA: das ist nicht Sichtweise, sondern die Lage.

— *Die Macht der USA sowohl nutzen zu wollen als auch sie untergraben zu können bzw. hernehmen zu können für die Durchsetzung der eigenen Interessen, ist eigentlich die Forderung der Europäer.*

— *Die Europäer verweisen nicht nur auf die Sonderstellung, die sie sich erarbeitet haben, sondern wenden die Verselbständigung der Ordnung, die die USA etabliert haben, ignorant gegen die Kündigung durch Trump, schreiben die Weltordnung ein Stück weit fort mit dem Widerspruch, dass das Fortschreiben selber ein Stück Konkurrenzprogramm ist, sich von Amerika zu emanzipieren, darin aber gleichzeitig Amerika wieder als Grundlage davon einsetzen zu wollen.*

Mit der Berufung auf die Weltordnung, die sie als immer noch gültig erachten, wenden sie sich gegen die Ansprüche der USA und ergreifen Maßnahmen, die die USA schädigen, wenn die USA die Europäer schädigen wollen. Sie ignorieren also die Kündigung durch die USA, berufen sich auf die existente Weltordnung, um dann ihr Interesse gegen die USA zu behaupten. Und das ist *kein* Beharren auf einer Gleichrangigkeit, sondern es wird versucht, die USA zu einer Korrektur zu nötigen.

— *Der Fortschritt besteht jetzt also darin, dass die Europäer die Position, die sie in der Konkurrenz der Staaten bereits erlangt haben, ausnutzen (wollen), um die USA in diese Rolle zu zwingen, weiterhin der Hüter dieser Ordnung zu sein.*

Ja, sie können jetzt mit Japan ein Freihandelsabkommen schließen und das bedeutet was für die USA – das kann ihnen nicht einfach gleichgültig sein.

— *So ein Abkommen hat einen doppelten Charakter: Einerseits ist es ein Abkommen über ein riesiges Geschäftsvolumen vorbei an den USA, andererseits ist es der Anspruch an die USA, für diese Weltordnung den Garanten zu machen; auch wenn sich der Gehalt geändert hat, denn der ist nicht mehr umstandslos der amerikanische Nutzen.*

Das Ganze ist seitens der Europäer eben ein Widerspruch und von den USA her ist es auch eine heikle Sache. Bei dieser Feststellung sollte man es belassen und nicht darüber nachdenken, dass kein Abkommen mehr gelten würde o.Ä. Das wäre eine falsche Fortsetzung. Wenn die EU mit Japan ein Abkommen schließt, geht sie davon aus, dass es wie bisher auch seine Gültigkeit hat, auch nach Maßgabe dessen, wie die USA dann da reinwirken.

— *Eine Stelle im folgenden Satz ist mir nicht klar (S. 70, u.): Wieso sind z.B. die Deutschen auf Amerika als ‚mächtigem Mitmacher‘ angewiesen, wenn sie weltweit mit erneuerbaren Energien, Windrädern oder Sonnenkollektoren handeln? Die Deutschen könnten doch auch allein ihr Geschäft*

machen.

— Aber wie kriegt man die Staatenwelt dazu, das Zeug kaufen zu wollen? Sie müsste erstmal irgendwelchen energie-politischen Maßnahmen zustimmen und dazu braucht es solche Abkommen wie das von Paris, wo es um CO₂-Reduzierung, erneuerbare Energien etc. geht. Der Anspruch ist eben nicht, mehr Geschäft machen zu wollen, sondern geht darauf, zu bestimmen, wie die Energiepolitik der Welt gehen soll und den Charakter einer Verbindlichkeit für diese herzustellen – und das geht derzeit von Deutschland aus – und dann erst kommt das Geschäft. Sogar ein Staat wie Deutschland ist eben „darauf angewiesen, dass mächtigere Mitmacher, v. a. die amerikanisch Weltmacht dieses Vorhaben zu ihrer und damit überhaupt erst zu einer durchsetzungsfähigen Sache machen“ (S. 70, u.).

— Denn die Regeln für dieses neue Geschäft sollen von allen Staaten anerkannt werden und das will durchgesetzt sein.

Die universelle Gültigkeit der energiepolitischen Abmachungen ist die Grundlage dafür, dass es überhaupt auf dem Weltmarkt eine Nachfrage nach dem Zeug gibt.

*

— Eine Frage zum G20-Gipfel: Die EU ‚nimmt zur Kenntnis, dass die USA sich aus dem Pariser Abkommen zurück-ziehen‘ und die USA ‚bekräftigen ihr Engagement für einen Ansatz, der Emissionen verringert‘ (S.69). Diese Formulierungen wurden von der Öffentlichkeit als ‚Formelkompromisse‘ kritisiert. Was ist denn die diplomatische Substanz von solch einer Art Kompromiss? Ihn nur als ‚absurd‘ zu benennen, geht an der Sache vorbei.

Die diplomatische Substanz ist, dass sie ihren Gegensatz in dieser Frage nicht eskalieren, wobei klar ist, dass die ganzen Geschäfte, die Amerika jetzt anleiert, das aushebeln.

— Man einigt sich da auf die Vereinbarkeit eines Dissens, den man hat, ohne ihn im Mindesten zurückzunehmen. In der Sache bleiben die gegensätzlichen Positionen bestehen und es wird zugleich daran festgehalten, dass es eine Vereinbarkeit geben solle.

— Früher haben sich die G20-Staaten wechselseitig und damit dem Rest der Staatenwelt bekundet, dass Einigkeit darüber besteht, dass sie ihre Konkurrenz auf der Basis einer allgemein anerkannten Ordnung durchführen wollen. Das kündigen die USA jetzt auf mit den beabsichtigten ‚Deals‘ und ihrer Offensive für fossile Brennstoffe – und das angesichts dessen, dass die EU eine ganz andere Energiepolitik betreiben will; so dokumentieren sie diesen Gegensatz. Die EU-Staaten gehen mit diesem Gegensatz so um, dass sie diese Offensive als ‚Hilfeleistung zu deren sauberer und effizienterer Nutzung‘ uminterpretieren, um „die Absage Trumps ... dann doch nicht als letztes Wort stehen zu lassen.“ (S. 70)

Nächstes Mal: Verbliebene Fragen zu den Trump-Artikeln (1 – 4); dann: „Wer verdient warum wie viel?“ GS-3/17, S. 83